Nummer 534

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Freitag, 23. November 1923

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskripte übernimmt der Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Junk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst Wissenschaft und Lokales: E. Klöppel; Ber in-Friedenau: Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,80 Goldmark, Stellungsuchende 0,35 Goldmark, Reklamezeile 4 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,30 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 50 französische Francs, Belgien 50 belgische Francs, Schweiz 20 schweizerische Francs, Holland 10 holländische Gulden, Dänemark 20 dänische Kronen, Schweden 15 schwedische Kronen, Norwegen 20 norwegische Kronen, England 20 Schilling, Italien 100 Lire, Rumänien 600 rumänische Lei, Spanien 30 spanische Pesetas, Finnland 200 finnische Mark, Tschechoslowakei 125 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 15 Pesos, Serbien 400 Dinar; für den Monat November 1923 nach Oesterreich, Ungarn und Polen 5 Billionen Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Stresemann vor dem Reichstag.

Saal und Tribünen überfüllt und alles in größter Spannung dem Verhalten der Kommunisten und der Rede des Reichskanzlers Stresemann entgegensehend. Das war das Bild, welches der Reichstag gestern nachmittag bei Eröffnung der Sitzung bot. Die Kommunisten hielten sich zurück, so daß die übrigen Anwesenden eine Wiederholung des edlen Schauspiels vom Dienstag nicht zu erleben brauchten. Die Rede Stresemanns wurde wieder eine Glanzleistung parlamentarischer Diskussion. Zwei Stunden beherrschte der Kanzler die Aufmerksamkeit seiner Hörer vollständig.

Man wird nicht sagen können, daß er viel Neues gesagt hätte. Da alle in Frage stehenden Themata bereits tausendmal erörtert worden sind, so ist das ja auch nicht zu verlangen. Aber trotzdem wird der allergrößte Teil seiner Rede der großen Mehrheit aller national Fühlenden im Herzen wohltun. Worte und Gesinnung von nationalem Schwung, von unerschütterlicher Zuversicht, von festem Glauben an Deutschlands Zukunft. Stolze und feste Worte gegen Poincaré und die äußeren Feinde, Entschlossenheit, nicht obermals ein Schuldbekenntnis zu unterschreiben oder auch nur auf Umwegen oder unter Vorbehalten die Rechtmäßigkeit des Einbruchs in das Ruhrgebiet anzuerkennen.

Käme es heute nur darauf an, das ganze deutsche Volk zu etwas wie einem aktiven Kampf gegen äußere und innere Feinde zusammenzufassen und mitzureißen, so würde Stresemann derjenige sein, der ohne weiteres dazu berufen wäre. So wie er für die alten deutschen Volks- und Burschenschafterideale Ehre, Freiheit, Vaterland zu sprechen vermag, vermögen es ja nur wenige. Indessen es handelt sich um das Fertigwerden mit einer rauhen, bösen Wirklichkeit, um das Zusammenzwingen ganz bestimmter Gegensätze, um die Wahl zwischen zwei großen, deutlich sichtbaren Geistesströmungen im Volk, um die Stellungnahme zu der ungeduldigen Forderung großer Teile rechts und links, entweder rechts oder links zu gehen.

Und darauf hat Stresemann heute geantwortet: Ich bleibe in der Mitte, ich bedauere, daß die Große Koalition zerbrochen ist, der Gedanke der Großen Koalition, der Volksgemeinschaft, wo keine Partei für sich den nationalen Gedanken allein pachtet, ist noch wie vor das einzig Richtige.

Mit Stresemann sind unzählige rechts und links dafür gewesen, daß das Experiment mit der Großen Koalition gemacht werden mußte. So hat, worauf der Kanzler hinwies, Herr von Kahr in Bayern schon zurzeit des Kapp-Putsches gedacht, so auch die vom Kanzler erwähnte „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Organ seines Parteifreundes Stinnes, so auch der Schreiber dieser Zeilen. Wenn trotzdem jetzt zwischen dem Kanzler und allen diesen Elementen, die ebenso wie er für den Versuch der Großen Koalition gewesen sind, eine Meinungsverschiedenheit besteht, so doch nur darin, daß der Kanzler auch ohne die ehrliche Mitwirkung der Sozialdemokraten das Experiment fortsetzt, während wir anderen es auf absehbare Zeit für erledigt halten. Wenn Herr von Kahr seit 1920 im Laufe der Jahre auf Grund der Erfahrungen sich zur Absage an den Marxismus durchgerungen hat, so geht es ja immer weiteren Volkskreisen ebenso, und wir halten es für sicher, daß auch Dr. Stresemann früher oder später den Versuch wird aufgeben müssen, mit der sozialdemokratischen Führerschaft, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, regieren zu wollen. Von Herzen hoffen wir, daß das nicht immer so bleiben wird, daß vielmehr unter dem Druck der furchtbaren Not und der zunehmenden Erkenntnis von den wahren Absichten unserer Feinde die nationale Welle einmal wieder emporschlagen wird wie 1914. Über bis dahin heißt es, praktische Politik zu machen und zu versuchen, die rechtsgerichtete Strömung zu verstärken, nicht aber ihr durch neue, nur für kurze Zeit Ruhe gewährende Kompromisse mit der Sozialdemokratie die Reinheit und die Stoßkraft zu verkümmern.

Der Kanzler sagte, das deutsche Volk verliere erst jetzt die Illusionen und erkenne in seiner ganzen Härte die Bedeutung der Tatsache, daß wir den Krieg verloren haben. Dies Wort ist nur zum Teil richtig. Nicht das deutsche Volk gibt sich jetzt diese Rechenschaft, sondern diejenigen Teile des Volkes, die von den Sozialisten und Pazifisten belehrt worden sind, die mit der ganzen deutschen Ehrlichkeit wirklich geglaubt haben, jenseits der Grenzen ständen nicht Feinde, sondern gute Freunde, die uns sofort brüderlich in die Arme schließen würden, wenn wir unsere „Panzerplatten-Patrioten", unsere „Schwerindustriellen", unseren Kaiser zum Teufel jagen würden. Diese Teile verlieren jetzt die Illusionen und erkennen mehr und mehr, daß noch immer der Feind draußen steht und drinnen Volksgenossen sind, die die gleiche Not zu leiden haben. Die realpolitisch eingestellten Teile unseres Volkes haben während des Krieges und nach dem Kriege sich nie darüber getäuscht, was die Feinde uns nach einem von uns verlorenen Kriege antun würden, und ihre schlimmsten Erwartungen sind noch übertroffen worden.

Weil die Zusammenhänge so sind, weil die pazifistischen und sozialistischen Illusionen schwinden, deshalb fordern diejenigen, die nie diesen Illusionen erlegen sind, die Beschleunigung des Gesundungsprozesses durch eine Regierung, die keine Konzessionen an jene verderblichen und weiteres Unheil hervorgehenden Theorien macht.

Trotz seines flammenden nationalen Feuers dürfte der Kanzler deshalb mit seiner gestrigen Rede die rechtsstehenden Elemente nicht befriedigt und beruhigt haben.

Den ganzen Nachmittag und Abend wurden gestern im Reichstag die verschiedensten Möglichkeiten bezüglich des Ausgangs der Reichstagsdebatte erörtert. Die Abstimmung wird eine Entscheidung bringen, unter Umständen nur eine solche für kurze Zeit. Die große Rede des Reichskanzlers selbst hat jedenfalls die politische Situation nicht geändert, auch nicht für den Fall, daß er und sein Kabinett den Parlamentsturm überstehen.

Dr. Oestreich.

•

Der

Reichskanzler Dr. Stresemann

führte in seiner Rede, deren Anfang wir schon im Abendblatt wiedergaben, weiter aus:

Wenn wir insbesondere hingewiesen haben auf die Frage der Erwerbslosenunterstützung, so ist es aus dem Grunde geschehen, um gerade dadurch die politische Verantwortlichkeit Frankreichs vor der ganzen Welt offen zu legen. Es ist ja keine volkswirtschaftliche Arbeitslosigkeit, die dort herrscht. Auch bei den Verhältnissen in Deutschland, so schlimm sie sind, würden wir nur eine viel geringere Arbeitslosigkeit an Ruhr und Rhein sehen, wenn uns nicht das Diktat von Paris an der Wiederaufnahme der Arbeit verhindern würde. (Zustimmung b. d. Mehrheit.) Wir wollen uns für nichts machen und wollen erklären, daß wir am Ende unserer finanziellen Kraft sind, daß diese begrenzt ist nach den Ziffern, die wir genannt haben, weil sonst alles andere ins Schwanken kommt. Das sind die Abhängigkeiten, die heute bestehen und die sich nur ändern können, wenn wir die finanzielle Hilfe des Auslandes bekommen, die bestehen für jede Regierung, gleichgültig, wie sie zusammengesetzt ist. Der Abg. Wels hat eine Kriegserklärung an Frankreich darin gesehen, daß die ganze Aktion lediglich der Aufsicht wäre, um darauf aufzubauen die Zerreißung des Vertrages von Versailles. **Die Zerreißung des Vertrages von Versailles geschieht von einer ganz anderen Seite, sie geschieht von der Seite derjenigen, die die Rechte, die ihnen dieser furchtbare Vertrag gibt, und gegenüber zur Anwendung bringen, und mittelbar von der Seite derjenigen, die es dulden, daß dies geschieht.** (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Ich habe nicht gesprochen von einem Zerreißen des Vertrages von Versailles durch Deutschland, wohl aber von einem Ruhen der Leistungen aus diesem Vertrag dann, wenn wir nicht mehr in der Lage sind, dem Reiche zu geben, was es braucht. Das eigene Volk hungern zu lassen trotz einer Politik der Besetzungen, das ist allerdings eine Politik, die niemand von uns verlangen kann. Wenn die Leistungen des Reiches ruhen müssen gegenüber dem Rheinlande, dann können wir nicht unsere Leistungen aufrecht erhalten gegenüber Frankreich, namentlich nicht in einer Zeit, wo eine Pfänderpolitik in der Weise von Poincaré gemacht wird, wie er es jetzt mit den Verträgen versucht, bei denen herausgeholt wird, was nur herauszuholen ist, und monatlich Kohlenleistungen bis zu 160 000 Tonnen hervorgebracht werden. Wenn man diese ganze Politik hinstellt als eine Rechtsentwicklung der Reichsregierung, seitdem die Sozialdemokraten aus ihr ausgeschieden sind (Zuruf rechts: Jarres!) und vielleicht Herr Jarres gekommen ist, so darf ich vielleicht auf eines hinweisen — und das lediglich, um die politische Situation zu kennzeichnen — daß die deutsche Reichsregierung durch ihre Maßnahmen, wegen deren sie so heftig bekämpft wird, nicht, wie es in Ihrer (zu den Soz.) Presse hingestellt wird — das hat mich aufs tiefste verletzt — vielleicht auch nur mittelbar die separatistischen Bestrebungen unterstützt hat.

Die Reichsregierung hat bei diesen Maßnahmen von allem Anfang an die volle Unterstützung des preußischen Staatsministeriums gehabt. (Hört! Hört! von den bürgerlichen Parteien.) Wenn man deshalb diese Meinung für falsch hält, so möge man sie bekämpfen, aber politische Konsequenzen daraus zu ziehen, als ob sich zeige, daß eine Rechtsentwicklung der Regierung eingetreten sei, ein schwankendes Verhalten, eine irgendwie nicht geradlinige Politik, die sich daraus ergebe, daß der Kanzler aus einer anderen Umgebung stamme und andere Ansichten hätte, weise ich zurück. Aus der Stellung der preußischen Regierung bitte ich zu ersehen, daß es hier wirklich nicht ankommt auf die politische Einstellung, sondern daß eben diejenigen, die die Verantwortung für die Finanzen und die Weiterentwicklung der Verhältnisse tragen, eine quälende Verantwortung fühlen und die Folgerungen ziehen aus den politischen Tatsachen. Diese Folgerungen werden zu Verhandlungen führen. Noch hoffe ich, daß in dem Augenblick, wo die Verhandlungen zwischen den deutschen Industriellen und den französischen Behörden, die genau geführt werden nach den Instruktionen der deutschen Reichsregierung, zu einem Ergebnis geführt haben und wo infolgedessen volkswirtschaftlich wieder die gleichen Verhältnisse hergestellt sind wie vorher, daß nicht eine politisch erzwungene Arbeitslosigkeit dauernd bei bestehen bleibt, daß in dem Augenblick die selbstverständliche Folge auch die gleiche Behandlung von Rhein und Ruhr sein wird, die gleiche Behandlung bis ans Ende unserer Kräfte. Wenn dieses Ende eintritt, muß unter Umständen im ganzen Deutschland abgebaut werden, weil dann die Zahl derjenigen die noch Arbeit finden, zu gering ist, um überhaupt noch die Arbeit aufrecht zu erhalten. (Lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten und Zurufe: Nur die Arbeiter sollen darunter leiden! Unerhört! Ein schönes Regierungsprogramm!) Wir haben alles getan, um diesen Verträgen zur Annahme zu verhelfen. Einzelne Verträge sind auch schon abgeschlossen, über andere gehen die Verhandlungen Tag für Tag weiter und ich hoffe, daß dann auch diese Frage geregelt werden wird. (Zuruf links: Krupp!) Mir ist davon nichts bekannt, daß der Vertrag mit Krupp schon abgeschlossen ist. Im übrigen — ich gehe keiner Frage aus dem Wege, es ist mir gleichgültig, welche politischen Konsequenzen das für mich hat, denn es kommt nicht darauf an, ob ein Mann geht oder bleibt, sondern ob er mit Ehren geht oder bleibt (Beifall) — kommt es nicht auf den einen Vertrag an, sonst haben Sie an einer Stelle die Wiederaufnahme der Arbeit, während an anderer Stelle das Chaos herrscht. (Zuruf links: Stinnes!) Was geht mich Herr Stinnes an? Ich habe auf ihn niemals Rücksicht genommen und werde es niemals tun!

Nicht Herr Stinnes ist Führer der Partei, sondern ich.

(Beifall.) Wenn Sie (zu den Kommunisten) überhaupt nicht arbeiten wollen, dann kommt die Wirtschaft des Ruhrgebiets gar nicht in Gang. Wenn wir 40 Prozent des Ertrages dem Feind abliefern müssen, muß mindestens die Produktion selber sich lohnen, sonst steht sie nach volkswirtschaftlichen Gesetzen überhaupt still. (Zuruf bei den Kommunisten: Hungerlöhne!) Wo keine Produktivität gesichert ist, läßt sich keine Lohnpolitik aufbauen. Wenn im übrigen Verhandlungen stattgefunden haben zwischen der Reichsregierung und Vertretern der besetzten Gebiete über die Vertretung der Belange der Bevölkerung des besetzten Gebietes, so bitte ich, das nicht aufzufassen, als bestände bei der Reichsregierung die Auffassung, daß sie sich von uns trennen wollen. Ich muß immer wieder auf den Ausgangspunkt zurückkommen: wir, die wir da sind, um zu verhandeln, uns wird das Verhandeln unmöglich gemacht; sollen wir nun den Einzelnen bloß auf sich selbst stellen, der sollen wir ihm die Möglichkeit geben, sich durch bestimmte Gremien, soweit Verhandlungen in Betracht kommen, die wir nicht zu führen vermögen, ihrerseits vertreten zu lassen? Sie wollen glauben, daß dieser Abschied von der Ausübung der Reichssouveränität und nicht leicht fällt, aber dieser Vorgang ist der Welt gegenüber zugleich das flagrante Beispiel dafür, wie es um das besetzte Gebiet in Wirklichkeit steht: **es ist ein befriedetes Okkupationsgebiet**

Auf dem Wege zur Goldkreditbank.

Verhandlungen im Deutschen Industrie- und Handelstag.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages hielt gestern unter dem Vorsitz des Herrn Franz v. Mendelssohn eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende gedachte mit hoher Anerkennung des verstorbenen Reichsbankpräsidenten v. Havenstein und des verstorbenen Senators Dimpker-Lübeck, des stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstages, und richtete einen teilnahmsvollen Gruß an das besetzte Gebiet des Westens. In seinen Eingangsworten mahnte er weiter mit großer Eindringlichkeit zur produktiven Arbeit und zur strengsten Verantwortlichkeit aller Wirtschaftsführer und Arbeiter und warnte vor dem Versuch neuer Zwangswirtschaft.

Geheimrat Dr. Frisch (Dresdner Bank) berichtete in interessanter Weise über das Währungsproblem. Er erläuterte Wesen und Form der Rentenmark und sprach über die Begründung und Grenzen der Intervention gegen den Währungsverfall. Die Rentenmark sei auf jeden Fall eine große Errungenschaft, die mit allen Mitteln erhalten werden müsse. Dazu aber sind folgende Maßnahmen zu fordern:

1. Die Nachfrage nach Rentenmark ist zu steigern, und zwar durch Erhebung der Steuern und Zölle in diesem neuen Zahlungsmittel. Das Interesse des Auslandes für die Rentenmark durch Errichtung eines Regulierungsfonds mit ausländischer Hilfe müsse geweckt werden.

2. Steigerung der Produktion durch Gewährung von produktiven Rentenmarkkrediten. Abbau der Betriebssteuer.

3. Gründliche Sanierung der Reichsfinanzen.

Angesichts der Tatsache, daß die Rentenmark im neu besetzten Gebiet nicht zugelassen wird (das trifft nicht zu! D. Red.) und daß in verschiedenen Teilen des Reichs, so in Hamburg, Bremen und Baden, vielleicht auch in Bayern, außerdem im besetzten Gebiet wertbeständige Zahlungsmittel und überall außerdem wertbeständiges Notgeld ausgegeben wird, kann die Rentenmark leider kein einheitliches Zahlungsmittel werden. Diese Wunschseligkeit der Währungsformen und der Umstand, daß die Rentenmark im wesentlichen nur im Inland benutzt wird, muß

durch Schaffung einer Goldwährung

schnellstens beseitigt werden. Das ist natürlich nicht nur eine wirtschaftliche und geldtechnische, sondern auch eine politische Frage. Der Vortragende erörterte die technischen Schwierigkeiten bei der Durchführung einer neuen Goldwährung an Hand des Danziger Beispiels, aus dem hervorgeht, daß ein ausländischer Kredit zur Aufrichtung einer stabilen Währung nötig ist.

Im Anschluß hieran schilderte der Reichswährungskommissar Dr. Schacht die zu einer Währungsreform führenden Wege. Verschiedene Ansichten unter den Währungssachverständigen gäbe es nur, solange man mit Hilfswährungen von der geraden Linie der Goldwährung abweiche. Nachdem man sich für die Rentenmark eingesetzt hat, muß diese unter allen Umständen in ihrer Solidität aufs stärkste gestützt werden. Sie ist deshalb als innerwirtschaftliches Zahlungsmittel zu verwenden und muß dem Devisenmarkt möglichst ferngehalten werden. Neben den sonstigen Gründen führt uns also auch die Politik zur Erhaltung der Rentenmark auf die Notwendigkeit, so rasch wie möglich zur Goldwährung zu kommen. Angesichts der immer mehr zusammenschrumpfenden Produktion brauchen wir ein Goldzahlungsmittel für den internationalen Verkehr, das für die Beschaffung von Rohstoffen und für die Finanzierung des Außenhandels dienen kann. Wie soll der Staat sein Budget in Ordnung bringen, wenn nicht vorher die Produktion wieder in Gang kommt! Freilich hat die Gesetzgebung der Nachkriegszeit der Produktion schwere Fesseln angelegt, worunter insbesondere auch die ganze Devisengesetzgebung und Kapitalflüchtigesetzgebung fällt, die heute längst überholt ist und nur noch zu einem Druck auf die Gewissen und zur Lähmung produktiver Unternehmungen führt. Andererseits steht fest, daß

immer noch eine ausreichende Menge von Gold und Devisen in den Händen der deutschen Wirtschaft liegt, um aus eigener Kraft heraus den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten.

Wenn die deutsche Wirtschaft im Stande sein werde, für eine Goldnotenbank, die immer in engster Anlehnung an die Reichsbank zu bilden sei, ihrerseits freiwillig einen Fonds aufzubringen, so würde voraussichtlich mit der ganzen überholten Devisengesetzgebung ein Ende gemacht und der freie Devisenverkehr wieder hergestellt werden können. Zugleich würde die deutsche Wirtschaft durch einen solchen Akt der Selbsthilfe, der die jetzt brachliegenden Kapitalien für eine Goldkreditbank mobilisiere, sich die Unterstützung des Auslandes für den gleichen Zweck sichern. (Es ist also die deutsche Goldnotenbank, die die „Berliner Börsen-Zeitung" seit Jahr und Tag propagiert hat! D. Red.).

Der Währungskommissar schlug daher vor, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag sofort einen Ausschuß zum Studium dieser Fragen einsetzen möge. Diesem Antrag wurde unter allseitiger Zustimmung entsprochen. Der Ausschuß wird aus Handelskammervertretern der deutschen Börsenplätze und aus Vertretern der Handelskammerbezirke Kiel, Halle und Chemnitz gebildet.

Hierauf erstattete Professor Flechtheim ein Referat zur Verordnung über das Kartellwesen, über das noch berichtet wird.

Schlußkurs der Mark in New-York
ca. 20 cts. für 1 Billion Mark.
Hiesige Parität
5 Billionen.